SATZUNG

der

Vereinigung FREIE WÄHLER in Thüringen

§ 1 Organisationsstruktur, Name und Sitz

(1)

Die politische Vereinigung „FREIE WÄHLER in Thüringen“ (nachfolgend: Landesvereinigung) ist ein Zweigverein der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER. Die Bundesvereinigung FREIE WÄHLER ist eine politische Vereinigung im Sinne des Parteiengesetzes. Ihr Tätigkeitsbereich erstreckt sich auf die Bundesrepublik Deutschland.

(2)

Die Landesvereinigung Freie Wähler in Thüringen ist ein Gebietsverband im Sinne des § 4 Abs. 2 des Parteiengesetzes und trägt den Namen „FREIE WÄHLER in Thüringen“. Die Kurzbezeichnung lautet „FREIE WÄHLER“. Der räumliche Geltungsbereich umfasst das Bundesland Thüringen.

(3)

Die Landesvereinigung wirkt an der politischen Willensbildung mit, sie fördert die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben und will auf die politische Entwicklung im Freistaat Thüringen Einfluss nehmen. Dazu arbeitet sie eng mit den kommunalen Wählergruppen zusammen.

(4)

Der Sitz der Landesvereinigung ist in Erfurt oder der Wohnsitz des Vorsitzenden.

§ 2 Zweck der Vereinigung

(1)

Die Tätigkeit des Vereins dient dem Wohle des Freistaates Thüringen und seiner Bürgerinnen und Bürger. Er steht auf dem Boden des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und der Thüringer Verfassung.

(2)

Die Landesvereinigung nimmt an der Landtagswahl gemäß § 29 Abs. 1 Thüringer Landeswahlgesetz teil.

§ 3 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 4 Mitgliedschaft

(1)

Die Mitgliedschaft in der Landesvereinigung ist nur gleichzeitig mit der Mitgliedschaft in der Bundesvereinigung möglich.

(2)

Mitglied der Landesvereinigung kann jede natürliche Person werden,

- die sich zu dieser Satzung, insbesondere den hier festgeschriebenen Grundsätzen bekennt und die Grundzüge der Leitlinien und des politischen Programms der politischen Vereinigung Freie Wähler anerkennt,
- die das 14. Lebensjahr vollendet hat,
- die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt und/oder die Staatsbürgerschaft eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union hat,
- die nicht infolge Richterspruchs die Wählbarkeit oder das Wahlrecht verloren hat,
- die keine anderen im Wettbewerb mit der Bundesvereinigung Freie Wähler oder der Landesvereinigung stehenden Partei oder politischen Vereinigung angehört und
- die niemals einer als extremistisch eingestuften Organisation angehört hat oder noch angehört.

(3)

Deutsche Staatsangehörige, die ihren Lebensmittelpunkt im Ausland haben, aber zum Deutschen Bundestag wahlberechtigt sind, können ihre Mitgliedschaft bei der Landesvereinigung beantragen.

(4)

Die Mitgliedschaft wird schriftlich beim Vorstand der Landesvereinigung auf dem von der Bundesvereinigung Freie Wähler heraus gegebenen Aufnahmeformular beantragt. Der Vorstand der Landesvereinigung hat den Aufnahmeantrag unverzüglich an die Geschäftsstelle der Bundesvereinigung zu übermitteln und mitzuteilen, ob er die Aufnahme befürwortet bzw. aus welchen Gründen er eine Mitgliedschaft ablehnt.

(5)

Über die Aufnahme entscheiden Landesvorstand und Bundesvorstand gemeinsam. Die Aufnahmeentscheidung kann auf einen gemeinsamen Aufnahmeausschuss delegiert werden. Für diesen Fall ist nach einer von der Bundesversammlung festzusetzenden Aufnahmeordnung zu verfahren.

(6)

Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss oder Tod.

(a) Austritt

Der Austritt ist schriftlich beim Vorstand der Landesvereinigung zu erklären. Dieser hat die Austrittserklärung unverzüglich an die Geschäftsstelle des Bundes weiterzuleiten. Der Austritt ist jederzeit mit sofortiger Wirkung möglich. Der Mitgliedsbeitrag ist aber in jedem Falle bis zum Ende des laufenden Kalenderjahres zu entrichten.

(b) Ausschluss

Die Einleitung eines Ausschlussverfahrens muss von der Mitgliederversammlung der Landesvereinigung nach ordentlicher Einladung und Gelegenheit zur Anhörung des betroffenen Mitglieds mit der Mehrheit der Anwesenden beschlossen werden. Ein Mitglied kann aus der Landesvereinigung ausgeschlossen werden, wenn es in grober Weise gegen die Satzung oder Interessen der Landesvereinigung verstoßen hat. Als mildere Maßnahmen kommen eine Ermahnung, das Ruhen der Vereinsfunktionen oder das Ruhen des Stimmrechts für einen zu beschließenden Zeitraum in Betracht.

(7)

Bei Beendigung der Mitgliedschaft – gleich aus welchem Grund – findet keine Erstattung bereits gezahlter Mitgliedsbeiträge statt.

§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder

(1)

Jedes Mitglied hat das Recht,

(a) an der politischen Willensbildung der Landesvereinigung durch Beteiligung an Beratungen, Wahlen und Abstimmungen mitzuwirken,

(b) Anträge im Rahmen der Gesetze und dieser Satzung in Versammlungen der Landesvereinigung zu stellen,

(c) sich an der Aufstellung von Kandidaten zu beteiligen,

(d) sich um eine Kandidatur im Rahmen der Wahlgesetze oder innerhalb der Organisationsstrukturen der Landesvereinigungen zu bewerben.

(2)

Jedes Mitglied hat die Pflicht,

(a) die Satzung, die Grundsätze und Leitlinien der Landesvereinigung und der Bundesvereinigung anzuerkennen,

(b) das Programm der Landesvereinigung zu vertreten,

(c) öffentliche Auseinandersetzungen und solche innerhalb der Landesvereinigung oder zwischen den Mitgliedern sachlich und fair zu führen,

(d) die satzungsgemäß gefassten Beschlüsse anzuerkennen,

(e) den Mitgliedsbeitrag zu entrichten.

(3)

In Aufstellungsversammlungen bestimmt sich das aktive und passive Wahlrecht zusätzlich nach den gesetzlichen Bestimmungen.

(4)

Alle Mitglieder der Landesvereinigung haben unabhängig von ihren Ämtern gleiches Stimmrecht. Mitglieder, die trotz schriftlicher Mahnung mit ihren Beiträgen länger als zwölf Monate im Rückstand sind, verlieren ihr Stimmrecht.

§ 6 Beiträge und Verwendung der Mittel

(1)

Die Landesvereinigung finanziert sich aus Mitteln der Bundesvereinigung, Spenden und gegebenenfalls staatliche Mittel sowie eigenen Einnahmen.

(2)

Die Landesvereinigung ist grundsätzlich selbständiges Rechtssubjekt gegenüber der Bundesvereinigung und verfügt über eigenes Vermögen.

(3)

Für die Landesvereinigung gilt die Beitrags- und Finanzordnung der Bundesvereinigung Freie Wähler in der jeweils neuesten Fassung entsprechend. Die Mitgliederversammlung kann jederzeit den Erlass einer eigenen Beitrags- und Finanzordnung der Landesvereinigung beschließen.

§ 7 Organe der Landesvereinigung

Organe der Landesvereinigung sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand.

§ 8 Mitgliederversammlung

(1)

Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ der Landesvereinigung. Sie wird mindestens ein Mal im Geschäftsjahr vom Vorstand einberufen. Sie muss daneben auf Verlangen von einem Viertel der Mitglieder einberufen werden. Die Ladungsfrist beträgt 14 Tage. Die Einladung erfolgt schriftlich durch Brief oder per E-Mail unter Mitteilung der Tagesordnung. Eine Einladung per Mail bedarf der vorherigen Zustimmung des Mitgliedes, die schriftlich oder zu Protokoll zu erklären ist.